

Klaus-Peter Puls und Anna Schlosser-Keichel:

Modernisierung des Jugendstrafvollzuges in Schleswig gelungen!

Die Vorsitzenden der Arbeitskreise für Frauen, Familie und Jugend sowie Inneres, Recht und Kommunales der SPD-Landtagsfraktion, Anna Schlosser-Keichel und Klaus-Peter Puls, haben sich bei einem Besuch der neu errichteten Jugendanstalt Schleswig über den Stand der Modernisierung des Jugendstrafvollzuges in Schleswig-Holstein informiert.

„Durch die Neuerrichtung der Jugendanstalt konnte zum einen die bedrückende Überbelegung der alten Jugendanstalt in Neumünster weitgehend beseitigt werden. Zum anderen erschwert die Unterbringung der Jugendlichen in kleinen überschaubaren Wohngruppen und die deutlich verbesserte räumliche Situation die Entstehung von Subkulturen, sie ermöglicht sinnvolle Freizeitbeschäftigung und erleichtert die pädagogische Arbeit erheblich“, so Schlosser-Keichel und Puls.

Das Angebot an berufsqualifizierenden Maßnahmen, die das Berufsbildungswerk (bfw) nun in anstaltseigenen Räumen und Werkstätten anbietet, schaffe die Voraussetzungen für einen sinnvollen Behandlungsvollzug, der den häufig beruflich schwer integrierbaren Jugendlichen nach ihrer Haftentlassung auch Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt biete. Hierdurch könne der Erziehungsauftrag des Jugendgerichtsgesetzes wirksam umgesetzt werden. Dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung werde durch die Anwendung modernster Technik bei der Sicherung der Anstalt nach außen und innen Rechnung getragen. Und die Arbeitsbedingungen der Bediensteten des Vollzugsdienstes seien hierdurch erheblich verbessert worden.

„Die Entscheidung für den Neubau der Jugendanstalt in Schleswig war konsequent und richtig“, so Schlosser-Keichel und Puls. „Die Umsetzung des Konzeptes ist optimal gelungen. Vor dem Hintergrund der kürzlich veröffentlichten Kriminalstatistik 2000 ist die Modernisierung des Jugendstrafvollzuges eine wichtige Aufgabe, die weiter fortentwickelt werden muss. Alle vorbildlichen Maßnahmen im repressiven Bereich können jedoch nicht die Notwendigkeit eines funktionierenden Netzwerkes der Prävention in Staat und Gesellschaft ersetzen. Der Neu- und Ausbau von Strafanstalten kann und darf nicht die alleinige Antwort auf ein Ansteigen der Kriminalität sein.“ (SIB)